

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die ledigstehende Poststelle kostet 1/2 Pfennig, die Rufnummer 1/2 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 75.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Sonnabend, den 14. Juni 1924

Postfach-Konto Berlin 62448.

23. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die unter dem Rindfleischbefeind des Landwirts Albert Magnus in Stolpe ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen. Birkenwerder, den 13. Juni 1924.

Der Amtsvorsteher. J. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Wohnungssuchende, welche sich in den letzten drei Monaten nicht im Rathaus gemeldet haben, werden in der Liste gestrichen.

Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge werden von 3 auf 2% des Grundlohnes herabgesetzt. Die Ermäßigung wird mit dem 15. d. Mts. wirksam.

Arbeitsnachweis.

Birkenwerder, den 13. Juni 1924.

Der Gemeindevorsteher. Kuhn.

Steuerzahlung für Juni.

In die fälligkeit der staatlichen Hauszins- und Grundvermögenssteuer, des 180/100 igen Gemeindezuschlages für letzteren sowie der Gewerbesteuer und Hundesteuern am 16. d. Mts. wird erinnert.

Bei nicht pünktlicher Zahlung sind, sofern die Rückstände nicht nachweisbar gefunden sind, für jede angefallenen 14 Tage, beginnend mit dem Tage der Fälligkeit, 5% des Rückstandes als gesetzlicher Verzugszuschlag zu zahlen.

Birkenwerder, den 11. Juni 1924.

Der Gemeindevorsteher.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die auf Sonnabend, den 14. Juni d. Js. abends 7 1/2 Uhr im Gemeindefestsaal abzunehmende Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen findet nicht statt.

Borgsdorf, den 13. Juni 1924.

Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeinde-Vertreters-Sitzung.

Am Sonnabend, den 14. Juni d. Js., nachmittags 7.30 Uhr findet in dem Sitzungssaal, Berlinerstr. 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Neuwahl von 4 Mitgliedern zur Schuldeputation.

2. Neuwahl der Mitglieder der Verwaltungskommissionen.

Steuerzahlung.

Die Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer und die Feuerwehbeiträge für Juni 1924 sind bis zum 16. Juni 1924 an die Gemeindekasse zu entrichten. Bei verspäteter Zahlung müssen Verzugszuschläge erhoben werden.

An Kriegshinterbliebene und Sozialrentner wird am Freitag, den 13. d. Mts., während der Vormittagsdienststunden in der hiesigen Gemeindekasse eine Beihilfe gezahlt.

Kurze Nachrichten.

v. Kemnitz aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Der zur Deutschen Volkspartei gehörige Abgeordnete v. Kemnitz, der gegen seine Fraktion und für das Mißtrauensvotum gestimmt hat, ist aus der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen worden. Gleichzeitig sind der Abgeordnete Kemnitz, daß er zur Deutschen Volkspartei übergetreten sei.

Cooldige ist vom republikanischen Komitè in Cleveland zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden.

Ein aus Petersburg kommender russischer Dampfer brachte eine Ladung von über 4 Millionen Eier nach Hamburg.

Die amerikanischen Bankiers haben die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits von 25 Millionen Dollar an die Deutsche Golddiscontobank abgeschlossen.

Die Interalliierte Kontrollkommission nahm ihre Tätigkeit mit einer Ergebnislosen Kontrolle des Flugplatzes Flughafen wieder auf.

Herriot beschäftigt, in der nächsten Woche MacDonald in London zu besuchen.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag verteidigten Wels und Hermann Müller die Politik der Partei.

Die französischen Linksparteien hielten am Donnerstag eine Vorbesprechung für die Präsidentschaftswahl ab.

Der dänische Folketing hat mit 85 gegen 48 Stimmen das Gesetz über die Ratifikation des Abkommens mit Norwegen über Grönland angenommen.

New York. Bei Anfuhr des französischen Transatlantischen Schiffes „Paris“ wurde aus einem Auto eine große Anzahl von Schmutzjahren zur Zollstation geführt. Auf dem Wege überließ eine größere Bande, mit Revolvern bewaffnet, das Auto und stahl Schmutzjahren im Werte von 125 000 Dollars.

Der Regierungswechsel in Frankreich.

Herriots Pläne.

Nach den bisherigen Verlaufbarungen wird sich der Regierungswechsel schon am 14. Juni vollziehen. Man nimmt an, daß Francois Mariat schon in den frühen Morgenstunden dem neuen Präsidenten seine Demission geben werde. In jedem Falle würde Herriot noch im Laufe des Vormittags ins Elysée berufen und mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Da Herriot die Liste seiner Mitarbeiter schon fertiggestellt hat, würde er die Namen seiner Ministerkollegen noch am Sonnabend mittag bekannt geben und sein Kabinett am Nachmittag, 3 Uhr, bereits der Kammer vorstellen. Die Kammer würde sich dann auf 8 Tage vertagen. Während dieser Ruhepause will sich Herriot nach London begeben, um sich mit MacDonald zu treffen.

Millerands Absicht.

Die Sitzung der Kammer, in der von der Demission Millerands Kenntnis gegeben wurde, verlief äußerst stürmisch. Das Demissions schreiben, das von Painlevé verlesen wurde, hatte folgenden Wortlaut: „Ich habe die Ehre, dem Präsidenten des Senates und der Kammer meine Demission zu überreichen. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Berücksichtigung meiner Hochachtung.“

Die Abgeordneten aus der Mitte und auf der Rechten riefen: Es lebe Millerand! Wieder mit der Revolution! Die Mitglieder der Linken erwiderten durch sarkastische Zwischenrufe. Es war dem Präsidenten kaum möglich, sich Gehör zu verschaffen, um zu erklären, daß von der Mitteilung des Präsidenten der Republik Kenntnis genommen wurde und sein Abschiedsschreiben dem Archiv des Parlaments einverleibt werde. Der Präsident wollte hierauf die Artikel der Verfassung verlesen, die sich auf die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles beziehen. Die Mitglieder der Rechten riefen: Die Verfassung ist tot, ihr habt sie getötet! Wir müssen sie revidieren! — Es entstand wiederum ein Tumult. Die Wahl des neuen Präsidenten wurde auf Freitag 2 Uhr angelegt.

Die letzte Hofschaff Millierands.

In einer Hofschaff an das französische Volk erklärte Millierand, daß er von zwei Dritteln der Nationalversammlung im Jahre 1920 zum Präsidenten gewählt worden sei. Er sei vor allem dazu berufen worden, den Frieden aufrecht zu erhalten, den äußeren Frieden durch die Verständigung mit den Alliierten, durch die Entwicklung des Völkerbundes und die Durchführung des Versailles Vertrages, den inneren Frieden durch die Befähigung der Parteienkämpfe der Vorkriegszeit, durch die Wahrung aller Meinungen und Glaubensbekenntnisse sowie des Schutzes aller Verfassungsrechte. Alle Ministerien, die er seither bekleidet habe, hätten sich der Erfüllung der vorgezeichneten Aufgaben gewidmet. Nach den Kammerwahlen vom 11. Mai sei er bereit gewesen, mit der neuen Mehrheit loyal für die Wahrung des öffentlichen Wohles zusammenzuarbeiten. Dadurch, daß einige Parteiführer seine Demission gefordert hätten, sei ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden. Die Verfassung sei ihres einzigen stabilen Elementes, das bisher bestanden habe, beraubt worden. Er würde eine Trennschiffheit begangen haben, wenn er der Komplicie einer so gefährlichen Neuerung genossen wäre. Er habe erst nachgegeben, als alle in seiner Macht stehenden Mittel erschöpft gewesen seien. Er werde nun wieder in die Reihe der guten Bürger zurückkehren, die ihn unterstützen hätten, um mit ihnen den Kampf für die Freiheit der Republik und das Vaterland fortzusetzen.

Millerand wird für die Kammer kandidieren.

Es wird bestätigt, daß Millerand sich sehr bald in dem Departement Weurtheil als Kandidat für die Kammer aufstellen lassen wird. In diesem Departement hatte der Bloc nationale bei den letzten Wahlen 70 000 Stimmen auf sich vereinigt gegen 20 000 Stimmen des Linksblocks und 10 000 Stimmen der Kommunisten. Die Wahl Millerands in diesem Departement erscheint so gut wie gesichert.

Die sozialdemokratische Heersfrau.

Crispiens Hoffnungen auf die Internationale.

Bei der Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitags führte Crispian u. a. aus: Die Reparation müßte sich beschränken auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Die Sozialisten aller Länder würden auf ihre Regierungen dahin, daß die Vermunft

ausdrückt gegen die Schmachtpolitik. Der Erfüllungsgedanke will sich gegen alle Überhand der Regierungen und auch der Volksemissen auf friedlichen Weg durchsetzen. Kein Sozialist in Frankreich hat den Vertrag von Versailles anerkannt, sondern ihn als ein Dokument der Gewalt bekämpft. Die Sozialisten Frankreichs haben auch der Befegung des Ruhrgebietes widersprochen. In Frankreich kann jetzt nicht mehr gegen oder auch nur ohne die Sozialisten regiert und Politik gemacht werden. Die belgischen Genossen Vandervelde u. a. haben ebenso gekämpft gegen den Gewaltfrieden. Auch die italienischen Genossen haben sich im internationalen Sinne für die Lösung des Reparationsproblems eingesetzt, und in England hat auch MacDonald der Gewaltpolitik Poincarés Widerstand geleistet. Unsere Zustimmung zum Sachverständigen-Gutachten ist nicht der Ausdruck des Vertrauens in irgend eine kapitalistische Regierung, sondern zu unseren ausländischen Genossen. Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung wurden Wels und Dittmann zu Vorsitzenden des Parteitag gewählt. Der Vorsitzende begrüßte alsdann die Vertreter der ausländischen Organisations, die hierauf ihrerseits die Grüße ihrer Länder überbrachten.

Ein Vorstoß der Opposition.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung gab es eine scharfe Debatte zur Geschäftsordnung, veranlaßt durch einen Antrag der Opposition, man solle zu der politischen Lage nicht nur ein Referat der Mehrheit, sondern auch ein Referat der Minderheit der Reichstagsfraktion hören. Fleißner-Dresden begründete diesen Antrag unter Hinweis auf die großen Meinungsverschiedenheiten, die in der Partei über die Politik der Reichstagsfraktion in der Frage des Ruhrkampfes, der großen Koalition und der Ermächtigungsgesetze beständen. Der Anfall der Reichstagswahlen sei durch diese Fragen erheblich zuungunsten der Sozialdemokratie beeinflusst worden.

Mit 228 zu 111 Stimmen lehnte der Parteitag ein besonderes Korreferat ab.

Dann begann der Parteivorstand Wels mit seinem Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes in den beiden letzten Jahren. Wels stellt trotz aller tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten die Einigkeit der Partei in allen großen grundsätzlichen Fragen fest. Die Spaltung liegt wie ein böser Traum hinter uns.

Die Partei hält als Endziel am Sozialismus fest, aber sie unterschätzt nicht die Kräfte, die der Durchgriff dieses Endzieles entgegenstehen. Die Partei steht fest auf dem Boden der Demokratie; sie will durch die Demokratie die Mehrheit des Volkes gewinnen.

Nachdem Wels dann in längeren Ausführungen die Politik der Partei verteidigt hatte, potentierte er gegen die Gegner der Rechten.

Dann nahm Hermann Müller zum Bericht der Reichstagsfraktion das Wort. Auch er mußte sich zunächst gegen die Angriffe der Opposition verteidigen. Infolge der Zusammenlegung des Reichstags hätte die Fraktion nicht anders handeln können.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Bestern nachmittag hat im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Eisenbahnergesellschaften stattgefunden, in der die bereits bekannten Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnsteigerung und anderweitige Arbeitszeitregelung überreicht wurden. Eine materielle Verhandlung fand nicht statt. Geschäfte wurden nicht gefasst. Die Antwort des Reichsverkehrsministers wird in einer für heute mit den Gewerkschaften vereinbarten erneuten Zusammenkunft mitgeteilt werden.

Deutsche Vorstellungen in Paris und Brüssel.

Paris, 12. Juni. Wie der Temps meldet, haben der deutsche Botschafter in Paris und der deutsche Gesandte in Brüssel der französischen und belgischen Regierung Montag Schriftstücke der Reichsregierung überreicht, in denen mitgeteilt wird, daß die deutschen Industriellen des Ruhrgebietes nicht in der Lage seien, die Kohlenlieferungen fortzusetzen und daß die deutsche Regierung sich außerstande sähe, diese Lieferungen zu finanzieren. Die Reichsregierung betone, daß sie an einer grundsätzlichen Regelung der Frage gelegen sei und schlägt vor, daß die Berichte der Sachverständigen der französischen Finanzminister zur Bezahlung dieser Lieferungen benutzt würde. In Anbetracht des Umstandes, daß augenblicklich

Schirme Stöcke.	Schirmfabrik Max Albrecht, Berlin, Chausseestr. 109 (1. Min. vom Stett. Bbf.) Untergrundbhf. Stettiner Bahnhof.	Reparaturen Befüge.